

Die Zukunft beginnt jetzt!

Forderungen zur Landtagswahl 2023 in Bayern



Unsere Gesellschaft steckt mitten in massiven sozialen und ökologischen Umbrüchen und steht damit vor großen Herausforderungen – auch in Bayern.

Einige davon sind in diesem Papier angesprochen. Nicht wenigen Menschen macht diese Entwicklung Angst und der Gedanke an die Zukunft erfüllt sie mit tiefer Verunsicherung.

Die KAB möchte dem etwas entgegensetzen. Resignation und Zynismus ob der vielen Krisen sind für uns keine Option. Wir möchten gestalten und Einfluss nehmen. Wir tun das mit der Katholischen Soziallehre im Rücken. Sie ermutigt uns dazu, uns einzumischen und gibt zugleich die inhaltlichen Eckpunkte vor: Der Mensch ist „Träger, Schöpfer und das Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen“ (Mater et Magistra 219). Im Sozialwort der beiden Kirchen „für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ wird diese Aussage noch präzisiert: Alles „Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft“ muss an der Frage gemessen werden, „inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt“ (107) Mit anderen Worten: Alle Entscheidungen auf politischer Ebene haben diese sozialetische Prüfung zu durchlaufen - und zu bestehen. Die folgenden Positionspapiere der KAB verstehen sich als ein Beitrag genau dazu. Sie wollen mitwirken an einer menschlicheren, gerechteren und schöpfungssensibleren Welt.

Papst Franziskus sagt in seiner Botschaft zum Internationalen Tag der Pflegenden am 12. Mai 2020:

„Daher wende ich mich an die politischen Verantwortungsträger in aller Welt, damit sie in die Gesundheit – ein grundlegendes Allgemeingut – investieren, Strukturen ausbauen und weitere Pflegende einstellen, um so allen eine angemessene Fürsorge zu gewährleisten, bei der die Würde eines jeden Menschen geachtet wird.“

Die KAB in Bayern sorgt sich um die Gesundheit der Bevölkerung, da, wie Papst Franziskus sagte, für uns die *Gesundheit kein „Allgemeingut“ mehr ist*, sondern ausschließlich nach ökonomischen Gesichtspunkten behandelt wird. Nur was sich rechnet, wird für die Allgemeinheit bereitgestellt, alles darüber hinaus muss von den Bürgerinnen und Bürgern selbst bezahlt werden. Die Gesundheit muss wieder im Rahmen des Gemeinwohls für alle Bürgerinnen und Bürgern überall in Deutschland gleichwertig sein.

Dazu prägen folgende Kriterien unsere Perspektive:

- wird gewährleistet, dass alles dafür getan wird, dass Menschen gar nicht erst erkranken (Prävention und Gesundheitsvorsorge)
- wird gewährleistet, dass - unabhängig vom gesellschaftlichen Status – alle Menschen die gleichen qualitativ hochwertigen medizinischen Leistungen bekommen?
- wird gewährleistet, dass jedem Menschen, auch in ländlichen Regionen, eine schnelle und ausreichende gesundheitliche Versorgung, auch in Notfällen, zur Verfügung gestellt wird?
- wird gewährleistet, dass medizinische und nicht ökonomische Gründe ihre Behandlung bestimmen?
- wird gewährleistet, dass momentan bei Notfällen eine zeitnahe (Erreichbarkeit einer Klinik innerhalb von 30 Min.) und angemessene kompetente medizinische Versorgung (in Krankenhäusern) gewährleistet wird?
- ist gewährleistet, dass Qualität und Angemessenheit allein die Kriterien für gute Versorgung sind?

Deshalb erwarten wir von den bayerischen Politikerinnen und Politikern in der nächsten

Legislaturperiode:

Das Ausbluten der medizinischen Versorgung, vor allem im ländlichen Raum, zu verhindern und die Qualität der medizinischen Versorgung im Rahmen des Gemeinwohls für alle Bürgerinnen und Bürger zu sichern!

Dabei hat besondere Bedeutung:

- die Erhöhung der Investitionsquote um 400 Mio. €.
- die Erreichbarkeit einer Klinik innerhalb von 30 Minuten
- die stationäre Notaufnahme sowie eine Intensivstation für klinische Notfälle

- eine ärztliche Verfügbarkeit rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche
- die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Löhne in der Pflege (menschenwürdige Arbeit).
- die Einbeziehung der Beschäftigten, der Patienten und der Kommunen bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung (Öffnungsklauseln).
- der Einsatz für Soforthilfen vom Bund, um die Kliniken, die in der Pandemie in finanzielle Schieflage geraten sind, zu stabilisieren.
- die komplette Abschaffung des Fallpauschalensystems und nicht nur kosmetische Reparaturen am bestehenden System.
- die Verpflichtung der Einbeziehung aller Kliniken in die Grundversorgung der Bevölkerung
- die Finanzierung der Betriebskosten von bedarfsnotwendigen Versorgungseinheiten, die die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten (z. B: Notaufnahme, Notfallambulanz, Geburtshilfeabteilung und die Intensivstation) durch den Bundeshaushalt.
- die Verbesserung der Notarztversorgung und der Ausbau des Rettungsdienstes, insb. Auch der Ausbau des Flugrettungssystems mit Nachtflugtauglichkeit.
- die Kostenübernahme in den Kliniken auch für die Weiterbildung des ärztlichen Dienstes (analog zum Pflegedienst).
- die berufsgruppenübergreifende Verbesserung der Fähigkeiten der verantwortlichen Führungskräfte in Organisation und Management im Bereich der Menschenführung, damit eine „Unternehmens- und Führungskultur der Menschlichkeit“ entstehen kann.
- die Kennzeichnung bzw. Einstufung der Kliniken (z. B. Level 1j, 1n, etc.) der Bevölkerung eindeutig und klar zu erklären. Diese Pflicht obliegt dem Gesetzgeber.

Die Politik in Bayern steht angesichts der mehrfachen Krisen, die wir erleben, vor großen Herausforderungen. Zentrale Herausforderung ist dabei die notwendige sozial-ökologische **Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft**. Dabei gilt es, die beiden Ziele Klimaneutralität und Soziale Gerechtigkeit gleichermaßen im Blick zu behalten. Die notwendigen Veränderungen führen auch zu einer tiefgreifenden Veränderung der Arbeitswelt, die durch eine verantwortungsvolle Politik begleitet werden muss.

Die KAB Bayern fordert deshalb sofortige Schritte in folgenden Bereichen:

Wirtschafts- und Industriepolitik:

- ➔ Die Wirtschaft in Bayern soll mit Unterstützung der Staatsregierung konsequent auf das Gemeinwohl ausgerichtet werden.
- ➔ Die Mitbestimmungsrechte in Unternehmen müssen gestärkt werden, beispielsweise durch ein bayerisches Vergabegesetz (Tariftreuegesetz). Insbesondere ist eine Weiterentwicklung in Richtung wirtschaftlicher Mitbestimmung notwendig.
- ➔ Wir brauchen einen Umbau der Mobilität in Richtung Klimaschutz: Klimafreundliche Mobilitätsformen müssen massiv ausgebaut und gefördert und die Fokussierung auf den Autoverkehr und Straßenbau beendet werden. Pendeln mit Öffentlichen Verkehrsmitteln muss unter attraktiven Bedingungen möglich sein.
- ➔ Angesichts der großen Bedeutung der auf fossilen Antrieben beruhenden Automobilindustrie in Bayern fordern wir eine Industriepolitik, die den Umbau zu klimafreundlicher Mobilität durch Forschungsförderung und Qualifizierungsinitiativen fördert und begleitet.
- ➔ Die Energiewende muss durch Förderung der Erneuerbaren Energien vorangetrieben und Energiesparpotenziale ausgenutzt werden. Dabei müssen vor allem die in den Unternehmen selber vorhandenen Potentiale zur Produktion erneuerbarer Energien stärker als bisher genutzt werden.

Soziale Gerechtigkeit in der Arbeitswelt

- ➔ Der Freistaat sorgt für mehr Lohngerechtigkeit durch ein Tariftreue- und Vergabegesetz, eine Stärkung der Tarifbindung und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse.
- ➔ Der Freistaat setzt sich auf Bundes- und EU-Ebene durch ein besseres Lieferkettengesetz für mehr Transparenz und Regionalität in den Lieferketten ein.

- ➔ Steuergerechtigkeit wird durch eine höhere Besteuerung leistungslosen Einkommens und mehr Kontrollen, insbesondere von Superreichen und Konzernen, verbessert. Dazu erhöht die Finanzverwaltung in Bayern die Kontrolldichte.
- ➔ Die Bildungsgerechtigkeit muss durch ein Bildungszeitgesetz verbessert werden. Damit wird die Qualifizierung für die veränderten Bedingungen und Anforderungen in der Arbeitswelt gefördert und dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegengewirkt.

Soziale Arbeitszeitpolitik und Sonntagsschutz

- ➔ Der Freistaat stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch eine soziale Arbeitszeitpolitik.
- ➔ Dazu setzt die Staatsregierung sich für den konsequenten Schutz des arbeitsfreien Sonntags in allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens in Bayern ein.
- ➔ Der Freistaat unternimmt keine Bemühungen zu einer Ausweitung der Arbeitszeiten im Arbeitszeitrecht.
- ➔ Der Freistaat stellt die angemessene qualitativ hochwertige Kinderbetreuung bereit, die Planungssicherheit sichert und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf realisiert werden kann. Dabei sind Überlegungen der Beteiligung der Unternehmen in der Kinderbetreuung mit einzubeziehen.

Fach- und Arbeitskräftesicherung

- ➔ Der Freistaat verstärkt seine Bemühungen, allen Kindern und Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen.
- ➔ Der Freistaat Bayern intensiviert seine Bemühungen, die Qualifizierung der Beschäftigten für die Herausforderungen einer veränderten Arbeitswelt zu unterstützen in betrieblichen wie auch in außerbetrieblichen Zusammenhängen.
- ➔ Der Freistaat Bayern unterstützt eine Öffnung in der Migrationspolitik, um den demographisch bedingten Fach- und Arbeitskräfteverlust zu bremsen.

Als christliche Arbeitnehmerorganisation setzt sich die KAB für die Bewahrung der Schöpfung, sowie für eine sozialgerechte und arbeitnehmerfreundliche Energiewende ein.

Die Verfehlung globaler, nationaler und landespolitischer Klimaziele bedroht die Lebensgrundlage der Menschheit. Dabei ist die Bewahrung der Schöpfung ein Auftrag, der den Menschen schon seit Beginn der Schöpfung gilt. Der Mensch wird aufgerufen, den Garten Eden „zu bebauen und zu bewahren“ (Gen 2,15). Dieser Auftrag gilt uns allen, denn „das Klima ist ein gemeinschaftliches Gut von allen und für alle.“ (LS 23).

Nur eine echte **Energiewende**, d.h. ein zügiger Umstieg auf regenerative Energieträger und eine Reduzierung des Energieverbrauchs, kann die verheerendsten Auswirkungen der Klimakatastrophe noch verhindern. Damit einher gehen notwendige und umfassende Veränderungen in der Arbeitswelt. Die Belange und Interessen der Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen sind in der Transformationsphase gezielt durch politische (Rahmen-)Maßnahmen zu schützen und unterstützen. Nur eine sozialgerechte Energiewende ohne Netto-Arbeitsplatzverlust oder Arbeitsplatzverlagerung kann langfristig und gesamtgesellschaftlich erfolgreich sein.

Deshalb fordern wir:

- Eine sozialgerechte Gestaltung der Energiewende mit einem belastbaren politischen Fahrplan hin zu einer bayrischen Net-Zero-Economy mit langfristiger Planungssicherheit für Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen sowie der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
- Die Einbindung von Beschäftigten beim betrieblichen Umweltschutz und bei der zukunftsfähigen Energieversorgung durch ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats und den Ausbau des betrieblichen Vorschlagswesens
- Die staatliche Förderung und Zertifizierung von Betrieben die nach den Maßgaben der „Gemeinwohl-Ökonomie“ wirtschaften
- Gesetzliche Regelungen zur Vermeidung von Greenwashing durch Unternehmen anhand der ESG-Kriterien
- Frühzeitige Umschulung von Fachkräften in durch die Energiewende gefährdeten Branchen
- Bildungsoffensive an Fach-, Hoch- und Berufsschulen in zukunftsrelevanten Sektoren
- Steuerliche Begünstigungen für energieeffiziente Unternehmen und höherer Preise für CO₂-Zertifikate
- Die Reduzierung des (Berufs-)Verkehrs in Stadt und Land durch
 - den Ausbau des ÖPNV sowie Rad- und Fußgängerwege
 - ein gesetzliches Recht auf Homeoffice und Telearbeit, insofern die berufliche Tätigkeit dies zulässt